

Herrn
Oberbürgermeister Clausen

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Rat der Stadt Bielefeld	25.02.2010	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

**Absenkung des Bundesanteils an den Leistungen für Unterkunft für Bedarfsgemeinschaften gemäß SGB II
(Antrag der Fraktion Die Linke vom 10.02.2010)**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bielefeld fordert die Landesregierung auf, im Vermittlungsausschuss auf keinen Fall einer Absenkung des Bundesanteils an den Leistungen für Unterkunft für Bedarfsgemeinschaften gemäß SGB II zuzustimmen.

Begründung:

Am 4. 12. 2009 verabschiedete der Bundestag ein Gesetz, in dem der Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft von im Durchschnitt 26,6 auf dann 23 Prozent gesenkt werden soll. Die Berechnung der Kosten der Unterkunft wird dabei an der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften festgemacht. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften ist aber auch nach Ansicht des Deutschen Städtetages kein sachgemäßer Gradmesser für die tatsächliche Belastung der Kommunen: So ist in vielen Kommunen festzustellen, dass zwar die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften sinkt, die tatsächlichen Kosten jedoch steigen. Aus diesem Grund fordert auch der Deutsche Städtetag eine Änderung der gesetzlichen Grundlage, damit sich der Bund an den realen Kosten der Kommunen angemessen beteiligt.

In der aktuellen prekären finanziellen Situation der Kommunen ist eine weitere Belastung nicht zu verkraften, wie sie durch die vom Bundestag beschlossene Senkung des Bundesanteils zu erwarten wäre. Aus diesem Grund muss das Einspruchsrecht der Länder auch von der nordrheinwestfälischen Landesregierung zum Schutz der Kommunen wahrgenommen werden. Der Absenkung darf nicht zugestimmt werden.

Unterschrift:

gez. Barbara Schmidt